

# Beilage zum Halleschen Tageblatt.

N. 239.

Sonnabend, den 12. Oktober.

1878.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Die Kommission hat dieser Sendung durch ihre Fassung des § 1 einen klaren und bestimmten Ausdruck gegeben. Sie werden durch das Gesetz, wie es jetzt vorliegt, nicht die sozialdemokratischen Bestrebungen als solche, am wenigsten aber eine bestimmte Bevölkerungskategorie getroffen, sondern nur die Agitation, welche denjenigen gemeinschaftlichen Charakter trägt, wie er in § 1 der Kommissionsentscheidung näher bezeichnet ist. Man wird also immerhin behaupten können — und ich will das gewiss nicht bestreiten, — daß es sich um ein Sozialgesetz handelt, keineswegs aber wird man die Behauptung aufstellen können, daß damit eine bestimmte Klasse der Bevölkerung oder auch nur eine bestimmte Partei in ihren Bestrebungen getroffen werde, sofern nicht in der Tat, wie diese Bestrebungen verfolgt werden, Erscheinungen zu Tage treten, die sich als gemeinschaftlich charakteristisch erweisen. Die Fassung, welche die Kommission beifolgt hat, unterwirft sich nicht grundsätzlich von der Regierungsvorlage, sie schließt nur einen in einzelnen Fällen zu befolgenden Abstrich aus. — Sind denn die Angriffe, welche gegen diese Bestrebungen von Seiten derjenigen, die sich als die wahren Vertreter der arbeitenden und gedrückten Klassen geriren, in irgend einer Weise gerechtfertigt? Es würde ja ganz unmöglich sein, daß man alle sozialen Leiden, so weit sie zu sozialdemokratischen Konsequenzen führen, zu unterdrücken vermöchte. Man weißten würde es in Deutschland möglich sein, und was würde auch die Zustimmung von einem Parlamente überhaupt gegeben werden; auf diesem Gebiete ist ja im Laufe der menschlichen Geschichte in den Jahrhunderten, Jahrtausenden alles in Fluß, wie in dem menschlichen Dasein überhaupt. Wir wechseln die Form mit dem Inhalt; der Inhalt ändert den Formen ihrer Stempel auf. Vergleicht man die Jahrhunderte und Jahrtausende der Vergangenheit, so ist der Wechsel ein sehr großer in der Art und Weise, wie diese sozialen wissenschaftlich behandelt sind, wie sie in Rechtsvorschriften niedergelegt sind, und wie sie das wirtschaftliche Leben leiten. Niemand wird so vermissen sein, zu denken, daß mit der kapitalistischen Produktionsweise der heutigen Zeit die letzte Form gefunden ist, die die wirtschaftliche Produktion überhaupt einnehmen kann und einnehmen wird. Niemand wird behaupten, daß nicht in der weiteren Entwicklung der Menschheit andere Produktionen gefunden werden, die die heutige, die die Formen der Eigentumsform, die Produktionsform, die dieser kapitalistischen Form entspricht, dieselben bleiben werden, ja nur erhalten bleiben können. (Sehr gut!) Meine Herren, das ist die Wandlung, wie sie in der ganzen Geschichte der Menschheit herabfließt, es ist eine Wandlung, die in der Zukunft Bestand haben wird. Wenn vor den Augen der jetzt Lebenden der Arbeiter weggezogen würde, wenn uns die soziale Zukunft entzückt würde in ihren Formen des menschlichen Lebens und Zusammenlebens, die Formen von Staat und Privatrecht würden sich sonderbar und fremdartig erweisen, sie würden uns noch mehr wundern als die Bestimmungen in früheren Jahrtausenden. Werden wir so vermissen sein, für Jahrtausende, für Jahrtausende den Gang der Entwicklung voranzujagen zu wollen? Kann man sich die Mühe von allen Zuständen machen, wie sie sich gestalten werden? Das sind Sorgen der späteren Geschlechter; diese Sorgen zu lösen, wollen wir ihnen überlassen. Den Gang der Entwicklung zu durchschauen, wollen wir ihnen überlassen, die sie hinter sich haben und auch hinter uns werden die Zeit, in der sie leben werden. Solche wissenschaftliche Betrachtungen auszuschreiben, selbst wenn sie uns unwillkommen sind für die bestehenden Institutionen, darf ein menschlicher Gesetzgeber nicht wagen, dabei kann ein deutscher Gesetzgeber ein Parlament nicht unterwerfen. Meine Herren, das ist die Sache hinsichtlich aller Versuche, vielleicht weitgehenden Versuche, die Lage der arbeitenden Bevölkerung zu verbessern oder den Anteil der arbeitenden Klassen im Ganzen der Produktionsweise zu erhöhen. Darauf können wissenschaftliche Untersuchungen, darauf kann die Gesetzgebung bis zu einem gewissen Grade einen Einfluß üben; auch ein nicht unwichtiger Teil der Privaten, einzeln und zusammengefaßt, können auf diesem Gebiete eine große und heilsame Arbeit übernehmen. Meine Herren, was uns so gewaltig erscheint, das sind nicht wissenschaftliche Untersuchungen, das sind nicht humanitäre Bestrebungen, das ist der revolutionäre Charakter, den diese ganze Bewegung angenommen hat. Meine Herren, wir haben ja heute von einem der anderen eine Probe einer derartigen Weisheit gehört, die sich in immer gesteigertem Maße in der Presse, in den Versammlungen, in den Vereinen geltend macht; wir haben ein Beispiel davon gehabt, wie aufregend, wie gefährlich solche Reden und Ausführungen wirken können auf den, der nicht immer in der Lage ist, wie diese Versammlung, den Charakter und die Methode der Rede zu übersehen. In Deutschland hat eine immer größere Anzahl von periodischen Blättern in immer gesteigertem Maße, in Anwendung des Vereins- und Versammlungsrechts in der großen Masse, die garnicht zu Stande ist, sich mit den tiefstehenden Fragen dieser Gesellschaft zu beschäftigen, gegen die bestehenden Rechts- und Wirtschaftsverhältnisse agitirt in einer Weise, die dem Arbeiter eine Hoffnung berechnen soll, daß auf dem Gebiet der jetzigen gesellschaftlichen und Rechtsinstitutionen überhaupt eine Verbesserung seiner Lage herbeigeführt werden kann. Darin liegt das Gefährliche, das Frevelhafte einer solchen Agitation; diese Agitation wird unzufrieden gemacht. Es ist merkwürdig, wie grade in Deutschland, wo der Erfolg der kapitalistischen Produktionsweise lange nicht in dem Umfange und Grade vorangereitet ist, als in England und Frankreich, eine Be-

wegung in der kurzen Spanne Zeit von etwa 6 Jahren eine solche Dimension annehmen und zu so einer allgemeinen Gefahr heranwachsen konnte. Zu den allgemeinen unglücklichen wirtschaftlichen Verhältnissen in ganz Europa ist bei uns die rasende Schnelligkeit in der Veränderung aller wirtschaftlichen Preis- und Arbeitsverhältnisse hinzugekommen, wie sie nach dem französischen Krieg eingetreten ist. Wenn uns Deutschen, die wir als stolze Sieger aus dem Kriege hervorgegangen, den französischen Kaiser mit seinen Armeen niedergeworfen, alle deutsche Länder von Frankreich wieder an uns gerissen haben, ein Gefühl der Demuth kommen muß, dann ist es dies, daß für unsere wirtschaftlichen Verhältnisse so vernünftige Folgen aus diesem Kriege hervorgegangen sind. — Noch niemals in der Geschichte ist in der Spanne von 2—3 Jahren eine solche Uebertragung eines flossalen Kapitals von einem Lande auf das andere eingetreten wie Anfangs der 70er Jahre von Frankreich auf Deutschland. — Die dadurch hervorgerufene Umwälzung in der Anschauung der Einzelnen, in dem Maßstabe, den der Einzelne an die Verhältnisse anlegt, in der ganzen Haltung, die er für sein Leben in Anspruch nimmt, hat so nachdrücklich und störend eingewirkt, daß dadurch ein besonders fruchtbarer Boden für eine derartige Agitation geschaffen wurde. — In England hat trotz der enormen Anhäufung des Kapitals und des Grundbesitzes in den Händen Einzelner die sozialdemokratische Agitation in der Art, wie sie in Deutschland betrieben wird, keinen Boden gefunden. Der eigentliche geistige Leiter der Bewegung, ein Schriftsteller von eminenter Befähigung und historischer und dialektischer Gabe, der sämtliche Agitatoren das Centralfeuer angezündet hat, an welchem sie, im Wesentlichen auch Lassalle, ihre Leuchte angezündet haben, hat, trotzdem er in London selbst wohnt, seinen Einfluß in England erlangen können. In England hat sich durch die Gewerkschaften die ganze Lage des Arbeiters in gleichem Maße mit den gewöhnlichen Bedürfnissen gebildet. — Auf dem friedlichen Wege des Sitzzusammensitzens verhandelt dort der Arbeiter mit den Kapitalisten. — Ganz anders in Deutschland. — Hier wird von den Agitatoren dem Arbeiter jede Hoffnung genommen; hier wird ihm täglich gelehrt, daß das sogenannte eiserne Lohngesetz unwirksam ist, daß jede Verbesserung seiner Lage ausgeschlossen ist, so lange die jetzigen Eigentumsverhältnisse bestehen, und so wird er auf diejenigen Forderungen hingeführt, die Herr Jostesmann heute von der Tribüne proklamirt hat, daß zur Verbesserung der Lage des Arbeiters eine Aenderung der ganzen Produktionsweise und die Verbindung zu gemeinsamer Produktion notwendig sei. Wie er zu der Frage des Privatbesitzes und zu der Frage des Erbtretes steht, hat Herr Jostesmann nicht auseinanderzulegen gewagt, und ich möchte glauben, daß die Herren Agitatoren auch in den Versammlungen sich scheuen, ihre letzten Konsequenzen vorzuführen; denn Gott lob giebt's noch Viele, die ihr wenn auch ihres Eigentums noch behaltem wollen, die dasselbe verbessern und vermehren und auf ihre Kinder vererben wollen. Wenn ihnen die letzten Konsequenzen des gotthard Programms vorgeführt würden, so würden viele Anhänger dieser Agitatoren flüchtig werden und sich von der Bewegung zurückziehen. Würde dies Programm ausgeführt, so müßte unsere ganze jetzige Staatsordnung umgewandelt werden. Die ganze individuelle Produktion, wie sie jetzt vorhanden ist, in Landwirtschaft, in Industrie, im Groß- und Kleinhandel würde eine gemeinsame, würde unter einer Centralleitung stehen; und um das zu ermöglichen, müßten die ganzen Produktionsmittel, alles Grundeigentum, alle Gebäude, alle Maschinen, alle Fabriken, auch alle Kapitalien Gemeingut der Nation werden. Das würde eine Polizeidiktatur sein mit Befähigung aller individuellen Freiheit, mit der die Polizeiherrschaft irgend eines Staates der Welt keinen Vergleich aushielte. Sollte es in irgend einem europäischen Lande der Sozialdemokratie gelingen, sich auf kurze Zeit der Gewalt zu bemächtigen und diese Verhältnisse einzuführen, so würde auch der äußersten Dummheit nicht möglich sein, solche Zustände auch nur ein Jahr lang aufrecht zu erhalten; und wenn sich auch das Volk entrüstet auflehnen würde, es würde mit Recht und Sitte und überlieferter Kultur ein großer Teil des in Jahrtausenden und Jahrtausenden angehäuften Kapitals auf Nimmerwiedersehen vernichtet sein. Soll eine Nation, wenn eine solche Gefahr diesen Umfang angenommen hat, wenn die Verführung der Massen immer weiter um sich greift, warten, bis endlich der Ausbruch erfolgt, in der Hoffnung, daß sie diesen Ausbruch mit Gewalt wird niederhalten können? Ist da nicht die Nation berechtigt, sich zu fragen: Ist jetzt nicht die Zeit, wo man, wenn auch mit außerordentlichen Vollmachten der Verwaltung, die Verführung und die Verführten auseinanderreißen kann, den Selbstmordprozeß der Nation wenigstens einleiten — denn er kann nicht durch solche Maßregeln herbeigeführt werden —, das Uebel einbändigen kann, um sich dann die Frage vorzulegen: Wie können wir an jenen Heilungsprozeß mit all den Mitteln gehen, wenn eine große Nation in ihrer Verwaltung und in dem patriotischen Sinne der Bevölkerung findet? Diese Pflicht, dieses Recht werden Sie keiner Nation bestreiten können, vorausgesetzt, daß die Gefahr als so groß anerkannt wird, und das ist etwas, worin im Grunde nicht nur diejenigen Parteien, aus denen sich wahrscheinlich die Mehrheit bei dem Gesetz zusammenfinden wird, sondern sämtliche Parteien des Hauses einig sind, daß nämlich die Gefahr so groß ist, daß mit wirksamen Mitteln eingegriffen werden muß. Das sind im Wesentlichen die Gründe, denen wir gegenüber dieser

geänderten, in ihrem Inhalt viel bestimmteren Vorlage und der Aufgabe nicht entziehen, mit der Regierung und den Parteien zusammen zu wirken, die diesen Vorschlag für richtig halten. Ich lasse dabei dahingestellt, daß es noch bessere Wege geben kann, nicht bloß andere, sondern bessere. Aber wenn in diesem Jahre die Gesetzgebung die Maßregeln feststellen soll, so sehe ich keine Möglichkeit, auf einem anderen Wege als dem von der Regierung eingeschlagenen die Gefahr zu bekämpfen. Nach Abgabe dieser Erklärung namens meiner Freunde gestatten Sie mir noch, daß ich mit ein paar Worten auf das übergehe, was gestern der Herr Reichskanzler nicht allein in sehr entgegenkommender Weise hinsichtlich der Behandlung dieser Vorlage erklärt, sondern was er in einer sehr friedliebenden, patriotischen Weise über die Behandlung der politischen Geschäfte in Deutschland überhaupt ausgesprochen hat. Der Reichskanzler ist davon ausgegangen, daß man ihm mit Unrecht vorgeworfen habe, er habe bei Gelegenheit der Auflösung des letzten Reichstags irgend eine reaktionäre Politik verfolgt. Meine Herren, bei der großen Bedeutung, welche die Ansprüche des Reichskanzlers hier im Saale haben, ist es gewiss nicht überflüssig gewesen, daß er einen solchen Ausdruck gethan, weniger für die Herren, welche in diesem Saale verammelt sind — denn ich möchte annehmen, daß in diesem Saale eigentlich eine reaktionäre Politik Niemand dem Reichskanzler zugemutet haben wird. — Wer in so unglücklicher Weise in Deutschland so Großes geschaffen hat, kann unmöglich daran denken. Es ist gegen alle historische Erfahrung, auch gegen die Erfahrung, die wir von der Tätigkeit und Persönlichkeit dieses hervorragenden Mannes haben, mit Elementen, die ihm vorher bei dem, was er geschaffen, feindlich gegenüberstanden, eine praktische Politik zu verfolgen, um das zu erhalten, was er gegen sie geschaffen. Eine solche Politik ist so widersinnig, daß jeder politisch gebildete Mann dem Reichskanzler eine solche Politik nicht wird zutrauen können. — Nun sind die Erklärungen des Reichskanzlers auch noch weiter gegangen und in der Hinsicht haben sie eine nicht unerhebliche praktische Bedeutung auch innerhalb dieses Saales. Der Herr Reichskanzler hat gestern in offener, unumwundener Weise die völlige Gleichberechtigung der liberalen und der konservativen Elemente auf dem Gebiete unseres politischen Lebens anerkannt. Meine Herren! Ich habe daran gar nicht gezweifelt, daß der Reichskanzler in seiner Tätigkeit von der Anerkennung irgend solcher Gleichberechtigung ausgegangen ist; aber das läßt sich nicht bestreiten, daß es in der jetzigen Zeitlage sehr werthvoll war, daß ein solcher unumwundener Ausdruck hier erfolgte. Manches Ereignis des letzten Winters, Manches, was der Auflösung des Reichstages vorangegangen und ihr nachfolgte, hat allerdings — für meine Person habe ich es bereits zurückgewiesen — den Gedanken oder wenigstens die Vorstellung in manchen Kreisen hervorgerufen können, daß der Reichskanzler mehr als früher sich ausschließlich auf die konservativen Elemente stützen würde, und in der Richtung ist der Anspruch von gestern allerdings werthvoll. Denn ich sehe nicht auszuweichen: Wenn eine solche Besorgnis wirklich begründet wäre, so müßten wir die Hoffnung einer stetigen politischen Entwicklung, die Hoffnung auf eine feste parlamentarische Mehrheit, sei es hier, sei es in Preußen, aufgeben, mit der Politik noch geschaffen werden kann und Postives zu schaffen, dessen bedürfen wir noch auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Der Herr Reichskanzler hat dann einen patriotischen Appell ergehen lassen an diejenigen konservativen und liberalen Parteien im Lande, namentlich in diesem Saale, welche gekommen sind, mit der Regierung zusammen politisch thätig zu sein. Ich sehe dabei voraus, daß der Herr Reichskanzler, eben so wie er die volle Gleichberechtigung der liberalen und konservativen Parteien anerkennt, auch die volle Selbstständigkeit der Parteien als solcher bei einem solchen Zusammenwirken wird bestehen lassen wollen. (Hört! hört!) Was es mir schmerzhaft ist, daß im Laufe der weiteren Entwicklung des parlamentarischen Lebens diese Parteiverhältnisse sich vereinfachen. Vorläufig würde es ein ganz vergebliches Beginnen sein — wenigstens muß ich es so nach allen Erfahrungen der letzten 12 Jahre ansehen — diese Parteien künstlich vereinigen zu wollen in den verschiedenen Richtungen ihrer Auffassung. Meine Herren! Was nöthig ist, ist, daß trotz dieser Getrenntheit, trotz dieser Selbstständigkeit, da, wo es möglich ist, ein gemeinsames Vorgehen stattfindet mit der Regierung und ihrem Haupte, dem Reichskanzler. Ein späterer Geschichtsforscher wird es nie begreifen können, daß nach den großen Ereignissen von 1866 und 1870, nach diesem großen Aufschwünge des nationalen Geistes noch immer die alten Verhältnisse in so kleinlicher und gehässiger Weise fortwirken konnten in der Stellung der Parteien zu einander, in der Art, in der sie sich bekämpfen und die sich bei jedem Wahlkampf geltend macht. Auch die Regierungsorgane haben häufig während des Wahlkampfes den Eindruck hervorgezogen, daß ein starker Bruch zwischen der Regierung und der liberalen Partei erfolgt sei, daß speziell im Kampfe zwischen den liberalen und den konservativen die Regierung auf Seite der letzteren stünde. W. H.! Ich glaube, das einzelne derartige Aeußerungen von Regierungsblättern viel zu sehr generalisirt worden sind. Ich möchte sagen, daß in der letzten Zeit und schon seit längerer Zeit etwas Derartiges gar nicht mehr hervorgetreten ist. (Widerpruch.) Aber eine Wiederkehr solcher Erscheinungen würde unter allen Umständen so schädlicher sein, weil wenigstens die Konservativen in dem Kampfe, wie er sich bei den letzten Wahlen gezeigt, diesen

